Niema Movassat
Mitglied des Deutschen Bundestages

Niema Movassat, MdB, Elsässer Str. 19, 46045 Oberhausen

NaturFreunde Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V
Ebberg 1
58239 Schwerte

Oberhausen, 22.01.2016
Bezug: Ihr Schreiben vom 14.01.2016
Anlagen:

Wahlkreisbüro Niema Movassat
Elsässerstraße 19
46045 Oberhausen
Telefon: 0208-69691537
Fax: 0208-69691539
niema.movassat.ma05@bundestag.de

BürgerInnenbüro Niema Movassat
Severinstraße 1
45127 Essen
Telefon: 0201-813377-30
Fax: 0201-813377-31
niema.movassat.ma06@bundestag.de

Niema Movassat, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-77160
Fax: 030 227-76663
niema.movassat@bundestag.de
www.movassat.de

Obmann der Fraktion DIE LINKE.
im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sprecher für Welternährung der Fraktion DIE LINKE

Antwort auf Ihr Schreiben zu TTIP, CETA und TISA

Lieber Herr Gehlen, liebe NaturFreunde,

vielen Dank für ihr Schreiben vom 14.01.2016 zu den angestrebten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Ich teile Ihre Sorgen und Befürchtungen über die Freihandelsabkommen. Die Abkommen sind in erster Linie konzernfreundliche Abkommen. Umwelt- und Verbraucherstandards drohen dabei unter die Räder zu kommen. Dahingehend besteht volle Einigkeit zwischen Ihrer Einschätzung und meiner Haltung bzw. der meiner Fraktion im Deutschen Bundestag. Auch wir befürchten, dass mit Abschluss der Handelsabkommen mühsam erkämpfte soziale und demokratische Rechte und Schutzmechanismen über Board fliegen werden. Von daher lehnt DIE LINKE die Freihandelsabkommen ab.

TTIP ist eine Gefahr für die Demokratie. Insbesondere das intransparente Verfahren widerspricht fundamental meiner Vorstellung von einer parlamentarischen Demokratie. Grundlegende Entscheidungen werden vorbei an Öffentlichkeit und Parlamenten von einem ausgewählten Zirkel an Vertretern aus Politik und Wirtschaft vorbereitet. Uns und der Öffentlichkeit bleibt die Einsicht verwehrt, welche konkreten Unternehmensinteressen das Mandat bestimmt haben und wie die Verhandlungen durch entsprechende Lobbygruppen, Anwaltskanzleien und Einzelunternehmer beeinflusst werden. Auch die von Ihnen angesprochenen Schiedsgerichte sind ein Angriff auf die Demokratie. Die so genannten Investitionsschutzklauseln "Investor-State Dispute Settlement" erlauben ausländischen Konzernen vor einem Schiedsgericht zu klagen, wenn es seine Gewinnerwartung durch politische Entscheidungen eines Staates verletzt sieht. Diese bestehen ausschließlich aus Anwälten, die in einem Prozess die Rolle des Kläger-Anwalts, im nächsten Verfahren die Rolle des Anwalts der Beklagten, und ein anderes Mal die Rolle des Richters übernehmen. Eine exklusive Minderheit von hoch spezialisierten

Rechtsexperten entscheidet also über Entschädigungen in Milliardenhöhe – die Steuerzahler/innen dann bezahlen müssen. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, eine Revision gibt es nicht. Die Anwälte und Richter kassieren Honorare in Millionenhöhe.

Da sie in Ihrem Schreiben aus gutem Grund auf die von den Freihandelsabkommen ausgehenden Gefahren für die Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherstandards eingehen, möchte ich mich hierzu kurz äußern. Die europäische Agrarindustrie ist an diesen Abkommen vor allem deshalb interessiert, weil sie neue Absatzmärkte benötigt. Der Freihandel eröffnet also der Agrarindustrie die Möglichkeit weiter zu wachsen, wenn der vorhandene Bedarf innerhalb Europas längst gestillt ist. Während in der EU jedoch noch bäuerliche Betriebe vorhanden sind, ist die Landwirtschaft in den USA bereits fast gänzlich industrialisiert und schon mehrheitlich in der Hand von Kapitalgesellschaften. Erstere sind schon jetzt einem enormen Wettbewerbs- und Intensivierungsdruck ausgesetzt, der durch eine Freihandelszone dieses Ausmaßes noch erheblich zunehmen würde.

Dabei sind es nicht in erster Linie Zölle, sondern mengenmäßige Beschränkungen und vor allem unterschiedliche Standards, die heute dem Handel zwischen den USA und der EU im landwirtschaftlichen Bereich „noch im Wege stehen". Die geplante gegenseitige Anerkennung von Standards bedeutet, dass Produkte, die in einem Staat nach den dort geltenden Gesetzen produziert wurden, grundsätzlich im gesamten Gebiet der Freihandelszone zum Verkauf zugelassen werden müssen, auch wenn dort höhere Produktionsstandards gelten. Höhere Regulierungsstandards werden dadurch zum Wettbewerbsnachteil. Die wirtschaftlichen Vorteile liegen ausschließlich bei denen, die billiger produzieren können, was den Zielen einer ökologisch verträglichen und weniger tierquälerischen Agrarpolitik klar widerspricht.

Ich unterstütze den Protest gegen TTIP, CETA und TISA auf allen Ebenen. Wir als Partei und Fraktion werden sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch in den Regionen, auf Bundesebene und international gemeinsam mit Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen alles daran setzen, das TTIP zu verhindern. Wir unterstützen auch das Bündnis ‚TTIP unfairhandelbar'.

Mit freundlichen Grüßen

N. Movassat

Niema Movassat, MdB